

Pressemitteilung

GdS warnt vor Rentenaufschubprämie: Belastung für die Sozialversicherung

Berlin, 6. September 2024 – Die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) äußert deutliche Kritik an den Plänen der Bundesregierung, eine sogenannte Rentenaufschubprämie einzuführen. Mit diesem Vorhaben will die Bundesregierung Beschäftigten, die über das Renteneintrittsalter hinaus arbeiten, eine steuer- und abgabenfreie Einmalzahlung gewähren. Die Maßnahme soll darauf abzielen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, und ist Teil der im Juli beschlossenen Wachstumsinitiative der Regierungskoalition. Die Rentenaufschubprämie wurde am 4. September 2024 vom Bundeskabinett verabschiedet und bedarf noch der Beratung im Bundestag.

Maik Wagner, Bundesvorsitzender der GdS, warnt davor, dass die Rentenaufschubprämie Fehlanreize setzen könnte: „Unsere Befürchtung ist, dass die Rentenaufschubprämie nur sehr einseitig denjenigen hilft, die sowieso vorhatten, über ihre Renteneintrittsgrenze hinaus zu arbeiten. Für diesen Personenkreis, der noch fit genug ist, im Alter zu arbeiten, gibt es allerdings schon einen Anreiz innerhalb des Rentensystems: Die Rente wird pro Jahr, das länger gearbeitet wird, um sechs Prozent erhöht.“

Wagner kritisiert weiter die finanzielle Belastung für die Rentenversicherung: „Klar ist: Der Rentenversicherung stehen keine unerschöpflichen Mittel zur Verfügung.“

Wenn diejenigen, die länger arbeiten wollen und können, mehr Geld bekommen sollen, muss an anderer Stelle gekürzt oder die Beiträge weiter erhöht werden. Die Rentenversicherung gerät so unter dem Postulat der Fachkräftesicherung in weitere Schieflage. Diese Entwicklung kann niemand wollen.“

Besonders problematisch seien auch die Auswirkungen auf die Kranken- und Pflegeversicherung, so Wagner: „Die aufgeschobene Rente wäre durch die Prämie abgabenfrei, was bedeutet, dass der Kranken- und Pflegeversicherung die Beitragszahlungen entgehen, die bei einem regulären Rentenbezug anfallen würden. Auch die vorgesehene Regelung, Arbeitgeberbeiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung als Bruttolohn an ältere Beschäftigte weiterzugeben, ist problematisch, denn auch dies führt zu erheblichen Einnahmeverlusten bei der Sozialversicherung.“

Der GdS-Bundesvorsitzende fordert die Bundesregierung auf, den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden: „Die Sozialversicherung steht unter massivem finanziellen Druck, insbesondere die Kranken- und Pflegeversicherung. Von den politisch Verantwortlichen erwarten wir deshalb, dass sie eine Politik vermeiden, die zulasten der Sozialversicherung und ihrer Beitragszahler geht.“

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung – bitte wenden Sie sich an unseren Pressekontakt.

Pressekontakt:

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)
Hendrik Steven (Sozialreferent)
Tel.: 0228/97761-22
E-Mail: Steven.H@gds.de



WWW.GDS.INFO

#WIRKOMMTWEITER